

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2025

Nr. 296

ausgegeben am 3. Juni 2025

Verordnung

vom 3. Juni 2025

betreffend die Abänderung der Verordnung über Massnahmen gegenüber bestimmten Personen und Organisationen im Zusammenhang mit der Situation in der Russischen Föderation

Aufgrund von Art. 2 des Gesetzes vom 10. Dezember 2008 über die Durchsetzung internationaler Sanktionen (ISG), LGBl. 2009 Nr. 41, und unter Einbezug des Beschlusses (GASP) 2025/1070 des Rates der Europäischen Union vom 26. Mai 2025 verordnet die Regierung:

I.

Abänderung bisherigen Rechts

Die Verordnung vom 11. Juni 2024 über Massnahmen gegenüber bestimmten Personen und Organisationen im Zusammenhang mit der Situation in der Russischen Föderation, LGBl. 2024 Nr. 239, in der geltenden Fassung, wird wie folgt abgeändert:

Anhang Bst. A Ziff. 11 und 18

	Name	Angaben zur Identität	Begründung
11.	Kirill Sergeevich NIKIFOROV	<p>Position: Richter am Regionalgericht des Gebiets Wladimir</p> <p>Ehemaliger Richter am Stadtgericht Kowrow des Gebiets Wladimir</p> <p>Geburtsdatum: 14.3.1992</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Geschlecht: männlich</p>	<p>Kirill Sergeevich Nikiforov war Richter am Stadtgericht Kowrow des Gebiets Wladimir.</p> <p>Seit 2022 war er unmittelbar daran beteiligt, für Alexej Nawalny grausame Bedingungen zu schaffen und aufrechtzuerhalten, indem er wiederholt seine Klagen wegen seiner Behandlung in der Strafkolonie IK-6 abwies, in der er aufgrund einer politisch motivierten Strafverfolgung eine zwölfjährige Haftstrafe verbüsste.</p> <p>Daher ist Kirill Sergeevich Nikiforov für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland verantwortlich, einschliesslich Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, willkürlicher Inhaftierungen und systematischer Verstösse gegen das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung.</p> <p>Er ist nach wie vor im Justizsystem in Russland tätig und wurde im Dezember 2024 zum Richter am Regionalgericht des Gebiets Wladimir befördert.</p>

	Name	Angaben zur Identität	Begründung
18.	Oksana Vasilyevna DEMYASHEVA	Position: Stellvertretende Vorsitzende des Bezirksgerichts Kalininsky der Stadt Sankt Petersburg Ehemalige Richterin am Bezirksgericht Wassileostrowski der Stadt Sankt Petersburg Geburtsdatum: 10.3.1980 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich	In ihrer ehemaligen Funktion als Richterin am Bezirksgericht Wassileostrowski von Sankt Petersburg verurteilte Oksana Vasilyevna Demyasheva Alexandra Skotschilenko, eine Künstlerin, aus politisch motivierten Gründen wegen Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russische Armee zu sieben Jahren Haft. Skotschilenko wurde wegen des Überklebens von Preisetiketten mit Anti-Kriegs-Aufklebern in einem Supermarkt festgenommen. Sie war eine der Ersten, die nach dem neu in das Strafrecht aufgenommenen Gesetz gegen ‚falsche Informationen‘ über die russischen Streitkräfte angeklagt wurde, und ihr Verfahren fand grosse Beachtung in der Öffentlichkeit wegen des beispiellosen Drucks, der von der Gefängnisverwaltung, der Richterin und der Strafverfolgung auf sie ausgeübt wurde. Daher ist Oksana Vasilyevna Demyasheva verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, indem sie das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat.

	Name	Angaben zur Identität	Begründung
			Sie ist nach wie vor im Justizsystem in Russland tätig und wurde im Dezember 2024 zur stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksgerichts Kalininsky der Stadt Sankt Petersburg benannt.

II.

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag der Kundmachung in Kraft.

Fürstliche Regierung:

gez. *Sabine Monauni*

Regierungschefin-Stellvertreterin